

Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telefax: 06 86 846-48 ppbn d

Inhalt

Kurt Mattick MdB: Dem
"Manifest" fehlt das per-
sönliche Bekenntnis.

Seite 1/2

Egon Lutz MdB analysiert
die Arbeitsmarktdaten des
Dezembers 1977.

Seite 3/4

Klaus Konrad MdB hält es
für erwägenswert, die
Stellung des Betriebsbe-
auftragten zu stärken.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
PresseDienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 3

4. Januar 1978

Nicht hochjubeln

Dem "Manifest" fehlt das persönliche Bekenntnis

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für innerdeutsche
Beziehungen

Eines möchte ich vorweg sagen: Mich könnte es auch nicht
reizen, unter den kommunistischen Bedingungen zu leben,
die in dem Pamphlet angepriesen werden. Wir sollten
uns hüten, dieses "Spiegel"-Papierspiel aus einer ge-
wissen Sympathie für Unbekannt hochzujubeln.

Wenn man beobachtet, wie lästig der DDR-Führung die ge-
samte Tätigkeit der Westkorrespondenten in Ostberlin
ist, ahnt man auch, wie sehr dieses Papier für die DDR-
Führung geeignet ist, die Westkorrespondenten zu scheu-
chen. Die Formulierung des Fernschreibens der DDR-Füh-
rung an den "Spiegel" deutet darauf hin, daß in Zu-
kunft nicht nur für den "Spiegel", sondern für alle
Westkorrespondenten der Gedanke bei jeder Formulierung
vorherrschend soll: "Hüte Deine Zunge und Deine Feder,
damit Du keine Schwierigkeiten hast."

Damit will ich nicht behaupten, das Papier ist von Unbe-

kannt für diesen Zweck geschrieben. Aber es könnte dazu geschrieben sein. So wie es natürlich auch aus einer ganz anderen Ecke kommen kann. Schließlich befinden wir uns im Wahljahr für vier Landtage. Strauß, Dregger und Zimmermann unter anderen können dieses Pamphlet gut gebrauchen, wenn dieses irgendwie in unsere Sympathienähe gebracht werden könnte. Schließlich wären auch alle Eurokommunisten in Europa daran interessiert, sich mit Hilfe eines solchen Papiers deutlich von dem zu distanzieren, was in der DDR "auf dem Wege zum Sozialismus" genannt wird.

Zu diesem Schriftstück fehlt das persönliche Bekenntnis. Erst dann ist eine ernste Auseinandersetzung angebracht, wobei ich nicht nach dem Märtyrer rufe. Aber es gibt schon genug bekannte Persönlichkeiten, die inzwischen in der westlichen Demokratie leben und glaubhaft sich bekennen könnten. Im übrigen: Man muß nicht Marxist sein, um zu wissen, daß in einem Staat wie der DDR Widerstandsgruppen vorhanden sein müssen. Man denke an die politischen Bedingungen des Quasi-eingesperrt-Seins, die wirtschaftlichen Bedingungen, wo nunmehr allmählich die deutsche Westmark oder andere Devisen zum zweiten Zahlungsmittel für die privilegierte Gesellschaft mit Sonderverkaufsgeschäften geworden ist und wo gleichzeitig die gleichgeschaltete Presse jeden Tag als wichtiges Thema die Arbeitsmoral behandeln muß, weil für den Durchschnittsarbeiter die Lust an der Leistung nicht honoriert wird, und sie daher immer mehr nachläßt.

Aber solche Widerstandsgruppen können in diesem System ohne Machtwechsel keine zentrale und umfassende Position entwickeln. Noch sind die Voraussetzungen nicht gegeben, zum Sturm zu blasen. Uns steht dies auch keinesfalls zu. Das Leid trügen ohnehin die Leidtragenden. Uns bleibt nach wie vor nur der eine Weg, der Weg der kleinen Schritte, wo jeder Schritt der friedlichen Entwicklung und dem Vorteil der Menschen dienen muß. Und dies zwingt auch die DDR-Führung täglich, Farbe zu bekennen: Wie hältst Du es mit den Menschenrechten? Dies wird nicht täglich plakatiert, aber es geschieht.

(-/4.1.1978/bgy/ja)

+ + +

Jahresdurchschnitt lag über einer Million

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktzahlen des Dezembers

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt der SPD-Bundestagsfraktion

Ein milder Dezember taucht auch die Arbeitslosenstatistik in ein scheinbar erträgliches Licht. Im Dezember 1977 wurden 897.953 Vollzeitarbeitslose gezählt, und insgesamt waren bei den Arbeitsämtern 1.090.708 Stellungssuchende registriert. Der Vergleich zum Vorjahr offenbart: Es hat sich nicht sehr viel auf dem Arbeitsmarkt verändert. Saisonbereinigt ist die Arbeitslosigkeit heute geringfügig höher, als noch im Dezember 1976. Kein entmutigender, aber natürlich auch kein erfreulicher Auftakt für das vor uns liegende Jahr.

Die Arbeitslosenquote hat sich von 4,4 Prozent Ende November auf 4,8 Prozent Ende Dezember erhöht. Besonders deutlich hat sie sich bei den Männern verändert; sie stieg um sechs Zehntelpunkte binnen eines Monats, bei den Frauen dagegen veränderte sich die Situation nur unwesentlich. Hier stieg die relative Arbeitslosigkeit von 6,1 auf 6,2 Prozent der erwerbstätigen weiblichen Bevölkerung. Erstmals seit April letzten Jahres wurden wieder absolut mehr arbeitslose Männer als Frauen registriert, nämlich 559.347 zu 531.361. Doch sind solche Zahlen mit einer gewissen Vorsicht zu genießen. Das Weihnachtsgeschäft im Handel hat zweifellos zu einer vorübergehenden besseren Beschäftigungssituation bei typischen Frauenberufen geführt, zudem sind in den Dezemberzahlen Entlassungen per 31.12.77 noch nicht enthalten.

Etwas über eine Viertelmillion Kurzarbeiter - mehr noch als vor einem Jahr - gab es im vergangenen Monat. Hier wirkt sich die ungünstige Beschäftigungssituation in der Eisen- und Stahlindustrie voll aus, dazu kommen die immer noch nicht überwundenen Probleme in der Elektrotechnik und im Maschinenbau.

Trist bis ausgesprochen unfreundlich entwickelt sich das Angebot an offenen Stellen. Im letzten Monat waren es 185.900 oder 6,6 Prozent weniger als noch im November 77. Schon seit einem dreiviertel Jahr, den Monat September einmal ausgenommen, werden auf diesem Feld abnehmende Werte verzeichnet. Signal für die immer noch nicht überwundene allgemeine Zurückhaltung der Personalbüros.

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen hat sich mit jetzt 97.815 gegenüber Vormonat und Vorjahr kaum verändert, die Quote liegt bei 4,6 Prozent und damit um zwei Zehntelpunkte unter der allgemeinen Arbeitslosenrelation.

Die Zahl der registrierten schwerbehinderten Arbeitssuchenden stieg auf nunmehr 43.504, die Ausländerarbeitslosigkeit liegt mit 105.734 deutlich über den Vorjahreswerten. Unverändert unbefriedigend blieb auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt für Teilzeitarbeit.

192.800 Teilzeitarbeitsuchenden standen nur 16.300 offene Stellen gegenüber. Insgesamt hat sich die Lage gegenüber Dezember 1976 noch einmal spürbar verschärft.

Nach Branchen aufgeschlüsselt kam es saisonbedingt wieder zu einem kräftigen Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Bauberufen. 22.300 Arbeitslose wurden binnen eines Monats mehr gezählt. Dennoch konnten erstmals seit dem letzten Frühsommer die Vorjahreswerte unterschritten werden. Das milde Wetter mag daran einen nicht geringen Anteil gehabt haben, ganz sicher aber beginnen sich hier erstmals spürbar die öffentlichen Investitionsprogramme auszuwirken.

12.200 mehr Arbeitslose verzeichnet der Bereich der Metall- und Elektrikerberufe im Dezember letzten Jahres gegenüber dem Vormonat. Die Kräfte nachfrage ging noch einmal spürbar zurück und dies kann nicht mehr allein auf saisonale Gründe zurückgeführt werden. Bei den Büro- und Verwaltungsberufen könnte man aufgrund der neuen Zahlen von einer leichten Besserung sprechen. Aber hier spiegelt die Statistik nur die halbe Wirklichkeit. Vorsicht ist deshalb geboten. Zuverlässigere Zahlen wird man erst Ende Januar zur Verfügung haben, wenn die zum Jahresende Entlassenen erstmals vom Computer der Bundesanstalt für Arbeit erfaßt sind.

Nimmt man das zurückliegende Jahr 1977 im Ganzen, so kommt man auf eine jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit von 1.060.336, runde 14.000 weniger als im Rezessionsjahr 1976. Das jahresdurchschnittliche Angebot an offenen Stellen belief sich auf knapp 235.000, etwas weniger als im Jahr zuvor.

Im milden Winter des zuende gegangenen Jahrs sind bislang nur die ersten Eisschollen des Arbeitsmarktes an unser Gestade gedriftet. Sie signalisieren keine Verbesserung, aber auch keine dramatische Verschlechterung der Beschäftigungssituation. Bis jetzt künden sie nur von wenig Bewegung auf dem Arbeitsmarkt - und auch das ist schon erfreulich genug.

Mit anderen Worten:

Die Hauptaufgabe von Politik und Wirtschaft, die Vollbeschäftigung wieder zu erringen, ist noch genauso ungelöst, wie vor Jahresfrist. Wir gehen mit einer schweren Hypothek in die vor uns liegenden zwölf Monate. Die Gefahr wächst, daß wir uns an eine Million Arbeitslose gewöhnen könnten und sie als längerfristige Übergangerscheinung in Kauf nehmen. Das aber wäre eine Bankrotterklärung unserer gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Ordnung.
(-/4.1.1978/vo-he/ja)

+ + +

Neuland betreten

Einführung des Betriebsbeauftragten für Abfall ein wichtiger Schritt

Von Klaus Konrad MdB

Obmann der Arbeitsgruppe für Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Mit der Verordnung über den Betriebsbeauftragten für Abfall ist am 1. Januar 1978 ein weiterer wichtiger Schritt zur vollen Anwendung des Abfallbeseitigungsgesetzes getan worden. In der Verordnung werden die Anlagen bestimmt, deren Betreiber einen Betriebsbeauftragten zu bestellen haben. Dies sind vor allem ortsfeste Abfallbeseitigungsanlagen (z.B. Deponien, Zwischenlager oder Anlagen zur Verbrennung oder thermischen Zersetzung bzw. Kompostierung von Abfällen) sowie bestimmte Industrieanlagen, in denen regelmäßig Abfälle anfallen, deren schadlose Beseitigung und Verwertung unter Umwelts Gesichtspunkten problematisch ist.

Der Betriebsbeauftragte für Abfall hat vor allem Aufgaben der Gefahrenabwehr wahrzunehmen. Er soll die Einhaltung aller einschlägigen Rechtsvorschriften sowie die lückenlose Überwachung der Abfälle von ihrer Entstehung bis zu ihrer schadlosen Beseitigung sicherstellen. In abfallerzeugenden Betrieben soll er insbesondere auf die Entwicklung und Einführung umweltfreundlicher Verfahren zur Verringerung von Produktionsabfällen sowie auf die Einführung neuer Verfahren zur Verwertung von Abfällen hinwirken. Ihm kommt insoweit eine besondere Bedeutung im Rahmen der Verwirklichung des Abfallwirtschaftsprogramms der Bundesregierung zu, das darauf angelegt ist, in Zukunft in größerem Umfang von der schadlosen Beseitigung von Abfällen zu ihrer Rückführung und Verwertung im Wirtschaftsprozess überzugehen.

Der Betriebsbeauftragte muß über die erforderliche Sachkunde und Zuverlässigkeit verfügen. Dies setzt eine umfassende Kenntnis der Anlage voraus; darüber hinaus ist hinreichendes Wissen über die Verfahrenstechnik und den Betriebsablauf sowie die Meß- und Überwachungsmethoden erforderlich.

Der Betriebsbeauftragte ist Betriebsangehöriger und wird von der Betriebsleitung bestellt. Er ist nicht etwa der verlängerte Arm der Behörden. Er muß gleichwohl gegenüber der Betriebsleitung auf bestehende Mängel hinweisen und Vorschläge unterbreiten, wie sie beseitigt werden können. Vor Investitionsentscheidungen des Unternehmens, die für die Abfallbeseitigung bedeutsam sein können, ist der Betriebsbeauftragte von der Betriebsleitung rechtzeitig um Stellungnahme zu bitten.

Mit der Einführung von Betriebsbeauftragten im Umweltschutzrecht hat der Gesetzgeber Neuland betreten. Erst die praktische Erfahrung wird zeigen, ob die mit der Einführung dieser Institution verknüpften Hoffnungen berechtigt waren. Insbesondere erscheint es erwägenswert, die Stellung des Betriebsbeauftragten zu stärken, der in gewissen Fällen in Konfliktsituationen geraten kann. Zwar dürfen dem Betriebsbeauftragten nach den gesetzlichen Vorschriften aus seiner Tätigkeit keine beruflichen Nachteile entstehen, doch sollte geprüft werden, ob seine Position nicht darüber hinaus rechtlich stärker abgesichert werden müßte.

(-/4.1.1978/vo-he/ja)